

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 17 (1937-1938)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Fünfzehn Jahre Faschismus  
**Autor:** Antonini, Antonio  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333113>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die Aufrüstung ist jene Methode, durch die die Kapitalisten für die möglichste Stabilisierung der Wirtschaft sorgen können, ohne ihren Anteil am Volkseinkommen zugunsten der Arbeiter verkleinern zu müssen. In den faschistischen Ländern ist es gelungen, dieses System der Konjunktursteuerung bis aufs äußerste zu entwickeln. Eine Nebenfolge ist freilich die fortschreitende Verarmung der Massen. Für die Lösung dieses Problems ist die Diktatur geschaffen worden.

In den demokratischen Ländern spielt neben der Aufrüstung eine zweckmäßige Gruppierung der öffentlichen Arbeiten die gleiche, aber in ihren sozialen Folgen erfreulichere Rolle. In der letzten Krise ist Schweden bekanntlich auf diesem Gebiet bahnbrechend vorangegangen. Eben jetzt ist in Schweden der Bericht einer Kommission veröffentlicht worden, die für die kommende Krise voraussorgt, indem sie schon jetzt baufertige Pläne für kommende öffentliche Arbeiten vorbereitet. Dieses Programm sieht vor, daß im Falle eines drohenden Kriseneinbruchs öffentliche Arbeiten in einem Gesamtwert von erheblich mehr als zwei Milliarden Schweizerfranken unternommen werden können. Damit sollen rund 200 Millionen Arbeitstage Arbeit geschaffen werden können. Die finanziellen Vorbereitungen für diesen Plan sind bereits jetzt im Gange, indem die schwedische Regierung einerseits die Staatsschuld abbaut, andererseits Reserven anlegt, die im Falle eines Kriseneinbruchs mobilisiert werden können. Im vergangenen Jahr allein wurden rund 60 Millionen Schweizerfranken zur Reduktion der Staatsschuld aufgewendet.

Die praktischen Schlußfolgerungen, die sich für die Schweiz aus den hier skizzierten Gedankengängen ziehen lassen, drängen sich von selbst auf. Konjunktursteuerung, wie sie in dem neuen Verfassungsartikel grundsätzlich bejaht wird, müßte bei der gegebenen Lage der Dinge vor allem in einer raschen und ausreichenden Steigerung der Löhne bestehen. Sie müßte darüber hinaus die notwendigen finanziellen und organisatorischen Vorbereitungen zum Ziele haben, um einem neuen Konjunktumschlag durch umfassende öffentliche Arbeiten entgegenzuwirken.

---

## Fünfzehn Jahre Faschismus

Von Antonio Antonini.

In diesem Herbst sind es fünfzehn Jahre, seitdem sich der italienische Faschismus zur Macht schwang. Sicher wird Mussolini das Jubiläum mit rauschenden Festen feiern. Um so mehr besteht für uns Veranlassung, das Fazit von fünfzehn Jahren Faschismus zu ziehen. Worin bestehen die Resultate?? Was wollte er, und vor allem: wohin hat er geführt? Bekanntlich ist einer der Hauptvorwürfe, den Diktatoren gegen Demokratien erheben, daß diese das gesellschaftliche Leben fortwährend in Unstetigkeit halten, da die Mehrheiten ständig wechseln, und daß darum auch nur die Diktaturen die Beständigkeit der Ent-

wicklung zu garantieren vermögen. Aber überschaut man die fünfzehn Jahre Mussolini-Regime, so ergibt sich gerade als dessen meist in die Augen springender Wesenszug die völlige Abwesenheit jeglicher Geradlinigkeit. Alles bewegt sich in unaufhörlichem Hin und Her. Es gibt keine Ausrichtung, und die proklamierten Ziele unterliegen einer beständigen Auswechslung. Das einstige Programm ist längst zum alten Eisen geworfen. Von ihm ist nirgends mehr die Rede. Der Widerspruch zwischen Versprechungen und Erfüllungen ist auch zu eklatant. Der Grundton des Programms war bekanntlich sozialreformerisch, dagegen ist die faschistische Praxis konsequent sozialreaktionär. Kaum zur Macht gelangt, senkte der Faschismus auf der ganzen Linie die Löhne. Man muß den Blick schon bis tief in den hintersten Balkan oder gar nach Asien richten, um auf einen ähnlich niedrigen Lebensstandard der Industriearbeiterschaft zu stoßen, wie ihn das heutige Italien aufweist. Selbst die *Vierzigstundenwoche*, auf deren Einführung der Faschismus sich so viel zugute tut, erweist sich bei Licht besehen nur als eine Täuschung und offensichtliche Benachteiligung der Arbeiterschaft. Ihr ganzer Trick besteht darin, daß sie bisherige Kurzarbeiter in Vollarbeiter verwandelte und sie dadurch zu höheren Abgaben zwang. Die Maßnahme war nicht von sozialen, sondern ausschließlich von fiskalischen Rücksichten diktiert. Außerstande, die herrschende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, legalisierte der Faschismus diese und normalisierte damit einen bestehenden Notstand. Wie wenig ihm wirklich an einer zeitgemäßen Verkürzung der Arbeitszeit lag, hat er später selber dadurch bewiesen, daß ein Dekret nicht nur die Rückkehr zur 48-Stunden-Woche, sondern sogar zur 60-Stunden-Woche erlaubte. Lediglich chronischer Materialmangel und zum Teil wohl auch die Angst vor einem neuen gewaltigen Anschwellen der Arbeitslosigkeit scheint bisher verhindert zu haben, daß die verlängerte Arbeitszeit wieder allgemeine Praxis wurde.

### Mussolini und die Bauern.

Ein besonderes Kapitel bildet das Verhältnis des Faschismus zu den *Bauern*. Da in Italien auch heute noch jeder zweite Einwohner sich direkt oder indirekt von der Bearbeitung des Bodens ernährt, bildet die Bauernschaft einen entscheidenden Bevölkerungsteil und betrifft die Agrarpolitik des Faschismus damit auch das wirtschaftliche und soziale Los des halben Landes. Man versteht es darum ohne weiteres, daß der Faschismus nie müde geworden ist, um die besondere Gunst der Bauern zu werben. Mussolini selber nimmt jede sich ihm bietende Gelegenheit wahr, seine Verbundenheit mit diesem Stand zu manifestieren, wobei er auch so lächerliche Mätzchen nicht verschmäht, daß er jeweils einmal im Jahr ein paar Stunden hindurch eine Dreschmaschine erklettert und sich in Hemdärmeln photographieren läßt. Auch hat er wiederholt mit Absicht Bauern als Zuhörer gewählt, wenn er dem Lande und der Welt wichtige Eröffnungen zu machen hatte. So geschah dies erst kürzlich wieder in Sizilien, wo er Stadt um Stadt und Dorf um Dorf besuchte, nachdem er sich dort allerdings während

mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr hatte blicken lassen. Auf Taten, die der Faschismus etwa zugunsten der sizilianischen Landbevölkerung verrichtet hatte, vermochte selbst Mussolini bei dieser Gelegenheit nicht zu verweisen. Um so freigebiger war er mit Versprechungen. Als hätte nicht die Natur, sondern er in höchstgelegener Person über das Wasser zu verfügen, kündigte Mussolini den Sizilianern dessen Beschaffung sogleich in einer Quantität an, daß die Insel zu einer der fruchtbarsten Gegenden der Welt umgewandelt werde. Für die Insel, so meinte er gleichzeitig prophetisch, beginne eine Epoche, »die zu den glücklichsten gehöre, die sie in den viertausend Jahren ihrer Geschichte je erlebt habe«.

In Wirklichkeit ist die Bauernfreundlichkeit des Faschismus ebenso geheuchelt wie seine Arbeiterfreundlichkeit. Nicht nur hat die faschistische Politik in diesen fünfzehn Jahren nichts zugunsten der Bauern getan, sondern sie war nachweisbar gegen deren Interessen gerichtet. Es war Mussolini, der bereits im Januar 1923, also nur wenige Wochen nach dem sogenannten Marsch auf Rom, das Brachland, das bisher zur kostenlosen Nutznießung den Bauern überlassen war, samt den von diesen an ihm vorgenommenen Verbesserungen wieder an die Großgrundbesitzer auslieferte und auf diese Weise und mannigfache andere Weise die alten Feudalzustände neu ins Leben rief, wie sie vor dem Weltkrieg bestanden hatten und die die eigentliche Ursache des italienischen Bauernelends bilden. Zwar kann sich die Faschistenpresse nicht genug der unter Mussolini erfolgten, bzw. fortgesetzten Austrocknung der Pontinischen Sümpfe und der dadurch geschaffenen neuen Siedlungsmöglichkeiten rühmen, und zwar gibt es in Italien eine vom Faschismus inszenierte Bewegung, die sich nichts weniger als die »Entproletarisierung« des Bauern zum Ziele setzt, aber die Resultate sind ebenso geringfügig wie der Lärm, mit dem der Faschismus diese Verrichtungen umgibt, laut ist. Nach offiziellen Ziffern sind in ganz Italien in den Jahren 1930 bis 1936 insgesamt 8857 Bauernfamilien angesiedelt worden, und was gar die famose »Entproletarisierung« angeht, so kommt eine kürzlich im »Manchester Guardian« veröffentlichte Studie zu folgendem Ergebnis: »Die ‚Entproletarisierung‘ hat weder zu einer Stärkung des kleinen Eigentums noch zu einer weiteren Verbreitung des Landbesitzes geführt. Die faschistische Aera hat eher den Besitzanteil vermindert, die Zahl der Pächter erhöht und die Schwierigkeiten des Bauernbesitzes vermehrt. Viele Pächter, die während und nach dem Kriege kleine Besitzer geworden waren, wurden durch finanzielle Nöte seit 1926 gezwungen, in ihr früheres Verhältnis zurückzukehren. *Das bäuerliche Eigentum hat in Wirklichkeit im Verlauf der letzten zehn Jahre abgenommen.*«

Gerade in Sizilien ist das Problem der Landverteilung besonders zugespitzt. So groß die unter der Bevölkerung dort herrschende Not ist, so sehr ist diese Insel doch ein wahres Paradies des Latifundiums. Das ganze Land gehört, wenn man den städtischen Grundbesitz ausnimmt, einigen Dutzend Familien, die wohl überall residieren, nur nicht in Sizilien. Ihren Gewinn schöpfen sie aus dem Verpachten des

Bodens, wobei sich bis zu demjenigen, der den Boden wirklich bearbeitet, eine ganze Kette von Mittelsmännern einschiebt. Den letzten beißen die Hunde. Zwar ist auch er der Form nach ein Pächter, aber sehr richtig sagt von ihm der — wohlverstanden: faschistische — Landarbeiterbund in einem erst kürzlich erschienenen Bericht, daß er »nichts anderes als ein miserabler Lohnarbeiter ist, der unter schlechteren Bedingungen lebt als der gewöhnliche Tagelöhner in Mittel- oder Oberitalien«.

Was speziell die Lage der *Landarbeiter* angeht, so weist die schon erwähnte Studie des »Manchester Guardian« auf Grund amtlicher Statistiken nach, daß die Löhne für männliche Farmarbeiter während der Jahre 1927 bis 1935 um durchschnittlich 37 Prozent gefallen sind. Die Kaufkraft der Landarbeiterlöhne liege heute um mindestens 15 Prozent unter dem Niveau, das zu der Zeit bestand, da der Faschismus zur Macht kam. Dieses bereits aufregend triste Bild bezieht sich nur auf den beschäftigten Landarbeiter. Betrachtet man die Gesamtheit dieser Berufsklasse, dann ergibt sich eine weit größere Verschlechterung. Wie in der Industrie, ist auch in der Landwirtschaft das faschistische Regime durch ein ständiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, die erst in den allerletzten Jahren wieder eine rückläufige Tendenz aufweist, und zwar hauptsächlich infolge der Einberufungen zum Kriegsdienst. Abgesehen von diesem durch Arbeitslosigkeit bewirkten Verdientsausfall erlitt die Landarbeiterschaft eine weitere soziale Verschlechterung durch die schon in den ersten Jahren des faschistischen Regimes erfolgte Aufhebung der Arbeitslosenversicherung. Neuerdings erst ist dem Lohnverfall auch für die Landarbeiter ein Ziel gesetzt worden, und seit Anfang des vorigen Jahres zeigen deren Löhne sogar Erhöhungen. Zu einer Verbesserung des Lebensstandes haben aber auch sie nicht geführt. Denn während das faschistische System beispielsweise bei den Staatsbediensteten zum Ausgleich der jüngsten Teuerung Lohnerhöhungen im Umfange von 18 Prozent als notwendig erachtete, wurden die Landarbeiter in zwanzig Provinzen mit Erhöhungen um 9, und in den übrigen fünfundsechzig gar nur mit solchen um 6 Prozent abgefunden.

### **Verstaatlicher wider Willen.**

Als Mussolini seine Schwarzhemden zu dem legendären »Marsch auf Rom« sammelte, geschah dies nicht zuletzt unter dem Kriegsruf: »Wir haben genug vom Staatskapitalismus.« Aber im Jahre 1933, also nach elfjähriger faschistischer Herrschaft, jammerte er: »Die kapitalistischen Unternehmungen sind heute zu drei Viertel auf den Staat angewiesen. Würde heute der Staat auch nur während 24 Stunden die Hände in den Schoß legen, dann wäre die Katastrophe da.« Ausgezogen, um den Staaskapitalismus zu vernichten, hat der Faschismus diesen noch ungeahnt gestärkt. Es geschah freilich wider Willen, und Mussolini bereitete diese Entwicklung offensichtlich schlaflose Nächte, weshalb er es auch für angebracht hielt, nachdrücklichst vor einem solchen Gang der Dinge zu warnen. »Wenn wir«, also erklärte er damals, »rein

hypothetisch diesen Kapitalismus seinen Lauf nehmen lassen, dann kämen wir planmäßig zum Staatskapitalismus, der nichts anderes ist als Staatssozialismus mit umgekehrtem Vorzeichen.« Nur einige Monate später wiederholte er diese Warnung und verwies zur Steigerung des Eindrucks nicht nur auf Sowjetrußland, sondern denunzierte sogar auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika der weitgehenden Ver-sündigung: »Dieser Kommunismus, wie er uns in gewissen Aeüßerungen eines überspitzten Amerikanismus entgegentritt — die Extreme berühren sich —, ist nichts anderes als eine Form des Staatssozialismus, ist nichts als Bürokratisierung der Wirtschaft.«

Soviel wird jedenfalls aus den Auslassungen Mussolinis klar: der Staatskapitalismus ist für ihn ein Greuel, der unbedingt ausgerottet werden muß. Aber im Jahre 1936 ertönte es aus seinem Munde auch wieder anders. Damals erschien ein vom 12. März datiertes Gesetz, das kurzerhand die Verstaatlichung des gesamten italienischen Bank- und Kreditwesens ankündigte, und nur wenige Tage später ließ Mussolini vernehmen, daß der große Rüstungskonzern *Ansaldo* ebenfalls der Verstaatlichung verfallen sei. Er lieferte für diese Maßnahmen auch noch eine ausführliche Begründung: »Diese Industrien«, so meinte er hinsichtlich der Rüstungsbetriebe, »gehen durch ihren Charakter und Umfang und ihre entscheidende Bedeutung für Kriegszwecke über den Rahmen der Privatwirtschaft hinaus; sie fallen in das Gebiet der staatlichen und halbstaatlichen Wirtschaft.« Eine derartige Behauptung ist schlechterdings nicht anzufechten. Aber im Munde eines geschworenen Feindes von Verstaatlichungsaktionen, als der sich Mussolini immer wieder produzierte, nehmen sich solche Erklärungen immerhin sonderbar aus. Der Widerspruch erklärt sich daraus, daß die Ansaldo-Werke den vom Staat an sie gestellten Anforderungen aus eigenen Mitteln einfach nicht gewachsen waren, und daß das Privatkapital sich weigerte, mit eigenem Risiko einzuspringen, so daß dem Staat nur übrigblieb, selber an dessen Stelle zu treten. Es gibt in der Welt, von Sowjetrußland abgesehen, keinen zweiten Staat, der das gesamte Wirtschaftsleben auch nur entfernt so seiner Kontrolle unterworfen hat wie das Italien desselben Mussolini, der schon im Jahre 1921 empört wetterte: »Wir haben genug vom Staatskapitalismus!« Denn trotz großer Aktienabstöße, die das staatliche »Istituto Ricostruzione Industriale« (IRI) in der letzten Zeit vorgenommen hat, ist es seinem jüngsten Ausweis zufolge noch immer mit 10 Milliarden Lire an dem insgesamt 40 Milliarden betragenden Aktienkapital aller in Italien vorhandenen Gesellschaften beteiligt. Der staatliche Anteil beträgt also direkt ein Viertel des ganzen Aktienkapitals. Sein wirklicher Einflußbereich ist noch ungleich weiter gespannt. Einmal besitzt das IRI in vielen Fällen nur die knappe Aktienmehrheit, was zur Beherrschung mehr als genügt, und zum andern ist zu bedenken, daß der Aktienbesitz des IRI fast ausschließlich die Großunternehmungen der Schlüsselindustrien betrifft.

## Wirtschaft ohne Kurs.

So oft Mussolini den Staatskapitalismus rhetorisch in Grund und Boden stampfte, so oft hat er auch dem Wirtschaftsliberalismus den Kampf angesagt. Aus den Auslassungen Mussolinis ist also nicht zu ersehen, nach welchen Prinzipien eine Wirtschaft ausgerichtet sein muß, um den faschistischen Idealen zu entsprechen, da ja die dritte Möglichkeit, der Sozialismus, von vornherein ausscheidet. Tatsächlich ist die faschistische Wirtschaftspolitik ohne jeden Kurs, denn der Korporativismus, auf den der Faschismus sich immer wieder beruft, betrifft bestenfalls nur die politische, niemals die wirtschaftliche Ordnung. Uebrigens besteht auch dieser nur gerade auf dem Papier. Lange Jahre gab es wohl einen »Rat der Korporationen«, aber die Korporationen selber sind diesem erst sehr viel später hinzugewachsen. Und erst ganz neuerdings haben diese Korporationen auch erstmals eigentliche Funktionen zugeteilt erhalten. Man ist dabei mit großer Vorsicht vorgegangen. Die einzige Kompetenz der Korporationen besteht in der Genehmigung zur Neuerrichtung von Unternehmen, und seit einiger Zeit ist ihnen auch die Kontrolle der Preise übertragen, die bis dahin in den Händen der Faschistischen Partei lag. Das ist alles. Niemand wird begreifen, warum solch beschränkter Aufgaben willen derartige Kolosse von Organisationen ins Leben gerufen wurden. Ueberdies kann man in ihnen kaum etwas Neuartiges und Originelles erblicken. Zutreffend charakterisiert ein dem Faschismus so wohlwollend gesinntes Blatt wie die »Frankfurter Zeitung« (vom 16. Mai 1937) das Wesen der italienischen Korporationen wie folgt: »Sie erreicht also, wie man auch sagen könnte, in beschränktem Umfang die Wirkung eines Kartells, ungeachtet der Tatsache, daß man die Funktionen von Kartell und Korporation scharf zu trennen gesucht hat, wobei allerdings der Korporation die Kartellaufsicht und damit die letzte Entscheidung über die Kartellpolitik gegeben wurde.« Handelte es sich bei dem ganzen Korporativismus nur um dies, und mehr ist heute nicht erkennbar, dann könnten die Aufgaben auch auf eine erheblich weniger umständliche Art erfüllt werden. Wohl in fast allen demokratischen Staaten sind die Kartelle heute in ihrer Macht zurückgebunden, vielfach sogar noch wirksamer als mit Hilfe der Korporationen in Italien. Diese sind in ihrer heutigen Form nichts anderes als eine zusätzliche Organisation, die überdies nur der Verkleidung staatlicher Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialpolitik dient. Nicht zufällig ist Mussolini Vorsitzender jeder einzelnen der existierenden zweiundzwanzig Korporationen, wobei ihm ausdrücklich das letzte Wort bei allen Entscheidungen vorbehalten ist, und nicht zufällig machen sich diese Korporationen im staatlichen Leben Italiens nicht weiter bemerkbar, als daß sie gelegentlich Zusammenkünfte abhalten. Nicht einmal die Einrichtung von Sekretariaten ist ihnen bisher gestattet, und sie haben darum auch keine eigentliche »Adresse«. Der ganze Korporativismus geht auf das Bestreben zurück, die Diktatur zu verbreitern, und die zweiundzwanzig Diktaturen sind nichts anderes als zweiundzwanzigmal Mussolini. Das kann auch gar nicht anders sein, denn wahrer Korporativismus ist

richtig gesehen eine demokratische Form zur Ordnung der Wirtschaft und mit Diktatur schlechthin unverträglich. Merkwürdigerweise hat Hitler diesen Widerspruch sehr viel schneller begriffen als Mussolini, weshalb er auch sofort nach seinem Einzug im Reichskanzlerpalais alle Diskussionen über den Korporativismus radikal verbot.

Die faschistische Wirtschaftspolitik ist nicht nur ohne Kurs, sie ist auch ohne jeden Halt und schwankt wie das Rohr im Winde. Eine der ersten Maßnahmen Mussolinis galt der Stabilisierung der nach dem Kriege ins Schleudern geratenen Lira, wobei er aus Prestige Gründen das neue Verhältnis zum Gold demonstrativ auf einem etwas höheren Niveau festlegte, als Frankreich dies mit dem Franken tat. In mannhohen Lettern verkündet noch heute eine irgendwo in eine Felsenwand eingehauene Inschrift, daß der Faschismus die neue Lira »bis zum letzten Blutstropfen« verteidigen werde. Aber im vorigen Jahre wertete er die Lira prompt mit dem französischen und schweizerischen Franken, und zwar noch stärker als diese, ab, ohne daß auch nur ein einziger Blutstropfen floß. Im Jahre 1934 stellte Mussolini die Ordnung der Staatsfinanzen in den Vordergrund und führte eine ebenso umständliche als kostspielige Konvertierung der Staatsanleihen durch, wobei der Rentensatz von 5 auf  $3\frac{1}{2}$  Prozent herabgedrückt wurde. Aber nur ein Jahr später wiederholte er dasselbe Experiment in genau umgekehrter Richtung. Die Rente wurde wieder auf 5 Prozent heraufgesetzt. Im April 1934 proklamierte Mussolini die »Exportschlacht«, die sowohl dem Staat als dem Unternehmertum den Vorwand für einen neuen drastischen Lohnabbau lieferte, aber noch kein Jahr später provozierte er durch den völkerrechtswidrigen Einfall in Abessinien die Wirtschaftssanktionen des Völkerbundes, die der Exportschlacht schnurstracks entgegenwirkten. Jetzt verkündet er als neu entdecktes Wirtschaftsideal nach neudeutschem Muster die wirtschaftliche »Autarkie«, also die Abkehr vom Weltmarkt.

### **Auswechselbare Erbfeinde.**

Sogar der »Erbfeind«, ohne den eine faschistische Diktatur nie auskommen kann, wird je nach den Zeitumständen ausgewechselt. Bis in die letzten Jahre hinein war Jugoslawien dem Lande als solcher vorgeschrieben worden. Heute rühmt es Mussolini als einen besonderen Erfolg seiner Außenpolitik, daß die Beziehungen zu diesem Lande sich freundschaftlicher gestaltet haben. Im Jahre 1934 ließ Mussolini die italienische »Wacht am Brenner« mit Drohblicken gegen das Deutschland Hitlers aufrücken, jetzt feiert er mit diesem Verbrüderung und läßt sich gleich einem Imperator durch das Brandenburger Tor führen. Mit Abessinien schloß Mussolini am 2. August 1928 durch Vertrag »dauernden Frieden und ewige Freundschaft«, und sieben Jahre später suchte er dieses Land mit Bomben heim und verlangt heute, daß man den »Toten«, der in Wirklichkeit ein von ihm Gemordeter ist, zum Heil der Welt begrabe. Auch ist es noch gar nicht lange her, daß Mussolini mit besonderem Stolz darauf verwies, daß Italien unter seiner Führung als erster Staat mit Sowjetrußland in normale diplomatische Bezie-

hungen eingetreten ist. Im Herbst 1933, also nachdem Hitler bereits monatelang ganz offiziell zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus aufrief, schloß Italien sogar noch einen besonderen Freundschafts-, Nichtangriffs- und Neutralitätspakt mit Sowjetrußland, und zwar sogleich für die Dauer von fünf Jahren, so daß eine Kündigung eigentlich erst zum Jahre 1939 möglich ist. »Popolo d'Italia«, Mussolinis ur-eigenstes Leiborgan, feierte den Pakt damals als »eines jener Ereignisse, die eine neue Zukunft schaffen«. »Die beiden großen Revolutionen«, so hieß es weiter, »begegnen und unterstützen sich in einer von Freundschaft und Verantwortlichkeit erfüllten Anstrengung, die das Ziel hat, sich gegenseitig zu verstehen, zusammenzuarbeiten und eine Mahnung zu erteilen. Die beiden erneuernden Regierungssysteme, die zwischen der Geschichte der Vergangenheit und der Entwicklung der Zukunft stehen, werden wahrscheinlich *die großen Meilensteine der neuen Ziele der Menschheit schaffen*.« Heute bezichtigt derselbe Mussolini Arm in Arm mit Hitler dasselbe Sowjetrußland, mit dem er noch durch diesen Freundschaftsvertrag verbunden ist, in der feindseligsten Weise. Zehn Jahre lang, bis 1931, sandte Mussolini den greisen Scialoja als Delegationsführer zu den Völkerbundskonferenzen nach Genf, der dort noch im Herbst 1930 die Welt durch Worte aufhorchen ließ wie: »Kein Staat darf sich selber Recht verschaffen«, aber in Berlin forderte Mussolini, als habe Italien nie dem Völkerbund angehört, zur Abkehr »von den falschen, lügnerischen Göttern von Genf und Moskau« auf.

### **Das einzig Unveränderliche.**

So sieht das wahre Bild faschistischer Politik aus. Gleichgültig, auf welchem Gebiet man es einfangen mag: überall begegnet man einer erschreckenden Unstetigkeit. Mussolini verbrennt heute, was er gestern verkündet hat. Der Diktator, der mit dem vermessenen Anspruch auftritt, mit der Ewigkeit im Bunde zu stehen, lebt vom Augenblick für den Augenblick und ist in Wahrheit ein Gestoßener und Gehetzter der flüchtigen Stunde, weil ihn eben auch keine Idee und noch weniger ein Ideal erfüllt. Stetig ist allein Mussolinis Gier nach Macht und Ruhm. Daher die ständige Aufhäufung von Waffen, die sich immer mehr übersteigernde Militarisierung des Landes, die keine Pause kennende nationalistische Aufpeitschung des Volkes. Bereits ist ein Land diesem neuen Militarismus zum Opfer gefallen, bereits muß sich ein zweites, die spanische Republik, gegen ein gleiches Schicksal wehren, und bereits proklamiert sich Mussolini selbstherrlich zum Polizisten des ganzen Mittelmeers. Immer höher wird die patriotische Fahne geschwenkt. Aber sie weht über einem gerade durch den Faschismus ruinierten Lande. Es ist unvorstellbar, daß dieses das ihm aufgezwungene Gewicht der Rüstungen auch nur in dem heutigen Umfange auf absehbare Zeit tragen, geschweige denn gar die Kraft aufbringen kann, mit dem internationalen Rüstungswettlauf, in den die demokratischen Länder, durch den Faschismus alarmiert, jetzt eingetreten sind, Schritt zu halten. Die patriotische Fahne war noch zu allen Zeiten die letzte

Zuflucht der Desperados. Sicher traf der englische »Economist« den Nagel auf den Kopf, als er kürzlich in einer Betrachtung höhnisch erklärte: »Mussolini mag sich brüsten, acht Millionen trainierter Soldaten ins Feld schicken zu können. Aber kein unparteiischer Beobachter wird glauben, daß er sie während einer Woche ernähren kann.« Ist dem so, dann ist am Ende auch diese Kraftanstrengung des Faschismus für die Katz und winkt Mussolini nicht einmal die Chance, den wirtschaftlichen Ruin, in den er das Land gestoßen hat, durch militärischen Ruhm zu übertönen.

---

## Ein vernachlässigtes Verteilungsproblem

Von Dr. Emma Steiger.

Die Not, in der heute noch Millionen von Menschen leben, rührt nicht wie in früheren Zeiten vom Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern her, sondern hat ihre Ursache in unzuweckmäßiger Organisation der Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem in unzureichender Verteilung dessen, was gewonnen und hergestellt wird und bei voller Ausnützung aller Möglichkeiten werden könnte. Die wirtschaftlichen und größtenteils auch die politischen Kämpfe gehen um die Verteilung des Volkseinkommens unter die Klassen, um den Anteil, den die besitzlosen Erwerbstätigen, die mit Arbeitseigentum selbst wirtschaftenden Bauern und Kleingewerbetreibenden und die in erster Linie oder ausschließlich von der Arbeit anderer lebenden Besitzer von Produktionsmitteln erhalten sollen. Dieser Klassenkampf steht so im Vordergrund des Interesses, daß man darob meist vergißt, nach dem Anteil derjenigen zu fragen, die der Wirtschaft weder ihre Arbeitskraft noch Produktionsmittel zur Verfügung stellen können. Und doch handelt es sich dabei um beinahe die Hälfte der Bevölkerung, bestehend aus den Kindern, den nicht erwerbstätigen Hausfrauen, den Arbeitslosen und den arbeitsunfähigen Alten und Invaliden.

Den Arbeitslosen und erwachsenen Arbeitsunfähigen versucht man immer mehr durch Versicherung oder doch Unterstützung ein bescheidenes Existenzminimum zu sichern. Wie aber wird der Anteil der zahlreicheren Kinder und Frauen geregelt? Gibt es dafür ein wirtschaftliches Prinzip? Nicht im geringsten. Allerdings ist das Familienhaupt verpflichtet, für seine Angehörigen zu sorgen. Aber sein Anteil am Ertrag der Volkswirtschaft nimmt auf diese Unterhaltspflicht gar keine Rücksicht. Das Arbeitseinkommen wie das Kapitaleinkommen regeln sich nach Angebot und Nachfrage, dem Grundgesetz der liberalen Wirtschaft, beeinflußt durch gesellschaftliche Machtverhältnisse, wie zum Beispiel die Organisationsverhältnisse eines Berufes. Dagegen hat die Familiengröße nicht den geringsten Einfluß auf das Einkommen des Arbeiters und Angestellten. Etwas anders liegen die Verhältnisse beim Bauern und beim Gewerbetreibenden, dessen Frau und Kinder sich bald als Hilfskräfte im eigenen Betrieb nützlich machen kön-